Deutscher Evangelischer Frauenbund
Landesverband Bayern e.V.

Deutscher Evangelischer Frauenbund – Landesverband Bayern e.V.
Geschäftsstelle: Kufsteiner Platz 1, 81679 München

München, den 4. November 2022

Europa und die Religionen

Quelle: Adode.com

„Wie hast Du es mit der Religion?" so lässt Goethe seinen Faust das Gretchen fragen.

Wir fragen uns vielleicht auch: Wie steht es mit der Religion oder den Religionen in Europa? Schon zu Zeiten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war dieses Reich nicht nur ein Vielvölkerstaat, sondern auch ein Staat mit vielen verschiedenen Religionen. Der Katholizismus dominierte damals wie heute. An zweiter Stelle stehen die orthodoxen Kirchen, früher dann die Protestanten, heute die Muslime mit 13 Prozent, damals nur auf dem Balkan vertreten. Die Protestanten haben heute nur noch 9 Prozent Gläubige in Europa. Einen Großteil mit fast 24 Prozent stellen die Atheisten dar.

In der Grundrechtscharta der EU ist die Religionsfreiheit sowohl in Form der Glaubensfreiheit als auch in Form der Religionsausübung verankertes Recht in Artikel 10. Dieses Recht gibt es auch in unserem Grundgesetz, aber obwohl es auch ein Menschenrecht ist, ist diese Freiheit der Religion nicht in allen Ländern der Welt anerkannt. Gerade muslimische Staaten, die sich zum „Gottesstatt" ernannt haben, kennen diese Religionsfreiheit nicht. Die Staatsreligion ist einzig und allein anerkannt, ein Wechsel der Religionszugehörigkeit ist verboten und andere Gottesdienste müssen im geheimen oder im Untergrund stattfinden. Schon das Tragen einer Kette mit einem Kreuz kann strafbar sein.

Einen erklärten Gottesstaat gibt es in der EU nicht. Das würde allen Wertevorstellungen der EU widersprechen, aber dennoch gibt es verschiedene Formen der Rechtsstellung der Kirchen in den Mitgliedsstaaten. So ist Frankreich nach seiner Verfassung ein Laizistischer Staat, mit einer strengen Trennung von Kirche und Staat. Die Kirchen sind Vereine, die eingeschriebene Mitglieder haben. Kirchensteuer wird nicht erhoben, sondern Mitgliedsbeiträge. Auch Italien hat eine gewisse Trennung von Staat und Kirche, Kirchensteuer wird nicht direkt erhoben, sondern die Bürger können wählen, ob sie für die Kirchen oder die Kultur zahlen wollen. Damit soll verhindert werden, dass die Leute aus der Kirche austreten, um die Beiträge zu sparen. Unter diesen Wahlmöglichkeiten ist auch die Waldenserkirche, eine protestantische Kirche, aufgeführt, die zwar nicht so viele Mitglieder hat, aber relativ viele Gelder erhält, weil die Menschen die soziale Arbeit, die dort geleistet wird, anerkennen.
Bei uns ist die Trennung von Staat und Kirche geschriebenes Recht, wenn es auch einige Überschneidungen gibt. Die Kirchensteuer wird vom Staat bei der Lohn- oder Gehaltssteuer mit eingezogen, wenn der Staat sich das von den Kirchen auch bezahlen lässt. Gerade im Bereich der sozialen Aufgaben ist eine enge Verzahnung von Staat und Kirchen gegeben, da die Kirchen mit ihren Kindertagesstätten, den Alten- und Pflegeheimen und auch Krankenhäusern staatliche Pflichtaufgaben übernommen haben, die der Staat daher mitfinanziert.
Es scheint so, als ob der Laizismus in den westlichen Mitgliedsstaaten mit den Baltischen Staaten und Tschechien auf dem Vormarsch ist, während in einigen östlichen Ländern der Katholizismus oder die Orthodoxie stark mit der Politik verwoben ist. Wir sehen das vor allem in Polen.

Deutscher Evangelischer Frauenbund
Landesverband Bayern e.V.
www.def-bayern.de

Geschäftsstelle:
Kufsteiner Platz 1
81679 München

Tel. 089 / 98 105 788
Fax 089 / 98 105 789
E-Mail: info@def-bayern.de

Evangelische Bank
IBAN: DE19 5206 0410 0003 5080 56
BIC: GENODEF1EK1

Aber natürlich versuchen die Glaubensgemeinschaften Einfluss zu nehmen auf die Politik der EU, was die Werte und Moralvorstellungen betrifft, sei es der Schwangerschaftsabbruch, die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, Anerkennung von Geschlechterdiversität, aber auch bei Forschung und Wissenschaft und bei friedensethischen Fragen diskutieren die Kirchen mit der EU.

So unterhält die EKD seit 32 Jahren ein Büro in Brüssel, wo der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesregierung und der EU, derzeit vertreten durch eine Oberkirchenrätin, das Gespräch mit den Verantwortlichen sucht. Sie beobachten die EU-Gesetzgebung und sehen, ob und wie die Rechte der Kirchen tangiert sein könnten. Minderheitenschutz, die Rechte von älteren Bürgern, von Behinderten, das sind Fragen, die die Kirchen auch mit den Politikern des EU-Parlaments besprechen.

Die Kirchen beobachten, welche Förderprogramme und Initiativen die EU auflegt, und leitet diese Anregungen an die Kirchen und die Diakonie in Deutschland weiter. So ist gerade ein Aufruf gestartet für eine Europäische Stadtinitiative. Es soll ein **neues Europäisches Bauhaus** entstehen, um Städteplanung und Bauwesen nachhaltiger, innovativer und ästhetisch ansprechend zu gestalten. Nachhaltig, klimaneutral und dazu schön anzusehen, das sind große Ziele, die die EU hofft mit ihrem Projektaufruf anzustoßen. Hier locken durchaus beträchtliche Fördermittel, sodass die EKD mit der Weiterleitung dieses Aufrufs hofft, einige diakonische Träger könnten sich, in Zusammenarbeit mit der Kommune an solchen Programmen beteiligen. Schon das europäische Leader+ Projekt vor vielen Jahren ist bei den Kommunen und Kirchen auf offene Ohren getroffen und hat einige Innovationen befördert.

„Wie wollen wir in Zukunft leben?" ist eine Frage, die länderübergreifend beantwortet werden soll. Ideenaustausch ist gefragt, sei es bei Städtepartnerschaften, sei es bei internationalen Kongressen von Vereinen, Kirchen und sozialen Einrichtungen. Der Klimawandel ist in der ganzen Welt spürbar, daher müssen wir so gut es geht in unserem Umfeld, in Europa zusammenarbeiten, um unsere Erde bewohnbar zu erhalten.

Kirchen als „Global Player". Diese Verantwortung spüren die Kirchen, die schon immer in der ganzen Welt vertreten sind. Daher ist es verständlich, dass die Kirchen und die EU in der Entwicklungshilfepolitik zusammenarbeiten. Die Kirchen haben weltweit eine große Erfahrung in der Entwicklungshilfe, sei es Misereor, Adveniat oder Brot für die Welt. Diese Erfahrungen zu bündeln um effektiv Hunger und Armut, teilweise verursacht durch mangelnde Bildungsangebote, teilweise durch Klimawandel und Korruption und noch viele weitere Gründe, zu bekämpfen. Hier zu gemeinsamen Lösungen zu kommen ist alle Anstrengung wert.

Dabei müssen wir im Auge behalten, dass der Einfluss der Religionen in Europa abnimmt, aber nicht in Asien und Afrika. Hier wachsen sowohl die christlichen Kirchen wie auch der Islam. Das gemeinsame interreligiöse Gespräch muss sowohl in Europa als auch in den Staaten Afrikas und Asiens geführt werden. Diese Religionsdynamik in diesen Ländern darf nicht weiter zu Bürgerkriegen führen, die die Länder destabilisieren.

Am 1. Advent beginnt wieder die Spendenaktion für Brot für die Welt, diesmal mit dem Eröffnungsgottesdienst in der Christuskirche in Aschaffenburg. Wir werden da sein.
So endet der trübe November mit einem Hoffnungsschimmer für die Welt.

Ihre

Inge Gehlert
Verwaltungsratsvorsitzende